

Willy Albrecht, Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918. Studien zur gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung Deutschlands von 1912 bis 1918.

Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1968, 487 S. (Beiträge zu einer historischen Struktur-analyse Bayerns im Industriezeitalter, Bd. 2. Hrsg. v. Karl B o s l).

Diese von Karl Bosl angeregte Münchener Doktorarbeit sollte gemeinsam mit der Untersuchung von Karl-Ludwig Ay über die Volksstimmung in Bayern 1914/18 studiert und konsultiert werden. Beide ergänzen sich, suchen eine schlüssige Antwort auf die Fragen nach den tieferen Ursachen und den konkreten Vorstufen der Revolution von 1918, nähern sich aber dem Thema von verschiedenen Seiten: Ay von „unten“, von den Menschen und ihrem wachsenden Elend, Albrecht von „oben“, von den Bemühungen und dem Versagen von Regierung und Volksvertretung.

Indem Albrecht den Regierungsprozeß Schritt für Schritt beleuchtet, fand er den übergreifenden Aspekt, der dann auch den anspruchsvollen Untertitel rechtfertigt. Die zentrale These lautet: der fundamentale Strukturwandel der Gesellschaft, vor 1914 auch in Bayern sehr wohl erkennbar, im Krieg rapide beschleunigt, wurde damals von den Regierenden nicht erkannt oder doch verharmlost; Reformen wurden versäumt, solange es — vielleicht — noch an der Zeit gewesen wäre.

Für eine Studie dieser Art bot sich, anders als bei K. L. Ay, ein exakt chronologisches Vorgehen an. Schwierigkeiten mag der zeitliche Beginn bereitet haben: der 1. August 1914 als Anfangspunkt hätte die Problemstellung nicht ausgeschöpft; andererseits war es keinesfalls möglich, den Prozeß der Aushöhlung

der staatlichen Autorität und des monarchischen Gedankens bis weit ins neunzehnte Jahrhundert zurückverfolgen; hier hat inzwischen Karl Möckls Werk über die „Prinzregentenzeit“ wesentliche neue Erkenntnisse gebracht¹. Daß W. Albrecht seine Untersuchung mit den Jahren 1911/13 begann, mag als plausible Notlösung gelten. Die vorfristigen Landtagswahlen brachten ein Wahlbündnis von Liberalen und Sozialdemokraten; stärkste Partei blieb das Zentrum unter Graf Hertling. Die Ablösung des letzten klassisch-liberalen bayerischen Beamtenministeriums unter Frhr. v. Podewils und Hertlings Berufung zum Ministerpräsidenten, als — de facto, nicht de jure — erstem „Partei-minister“, bedeutete fraglos einen Einschnitt. Hertling ging rigoros gegen Sozialdemokraten und Gewerkschaften vor. Daß sich die Fronten verhärteten, die verfassungs- und kulturpolitischen sowie die sozialen Spannungen wuchsen, geht nicht zuletzt zu Lasten des Ministerpräsidenten und seiner Partei. Indes, der Verf. erkennt bei gründlicher Analyse auch Hertlings Motive, seine tiefe Sorge und seinen ehrlichen Willen, und auf seiten der Sozialdemokraten grundsätzliche Loyalität, manch zeitgemäße vernünftige Reformprojekte, aber auch starren Dogmatismus und Maximalforderungen, womit sich die SPD in der Verfassungsdiskussion vor 1914 wie bei ihrem großen Reformplan von 1917 manche Chancen und Sympathien verscherzte.

Für die Periode um 1912 als zeitlichen Beginn dieser Arbeit spricht ferner die grundsätzliche Bedeutung der Regentschaftsfrage und ihrer Lösung durch die Königsproklamation Ludwigs III. noch zu Lebzeiten König Ottos, ein Schritt, der nicht unmittelbar nach Luitpolds Ableben, sondern nach Monaten mehr oder weniger unsicheren Abwartens und Zögerns erfolgte, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Auf seiten dieser Partei fiel damals das folgenschwere Wort vom „revolutionären Ereignis“; damit waren die Träger der Krone und die Institution der Monarchie zur Diskussion, indes nicht — noch nicht — in Frage gestellt. — Auch hier gelangt der Verf. zu einem sehr umsichtigen Urteil, das auch die gewichtigen Gründe zugunsten der Königsproklamation würdigt.

Die Jahre unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg waren auch in Bayern keineswegs jene Idylle, als die sie in der Retrospektive erschienen und erscheinen. Das innen- und sozialpolitische Klima verschlechterte sich zusehends; von der Brisanz der Auseinandersetzungen in Preußen um das sog. Dreiklassenwahlrecht war es allerdings noch weit entfernt; hier hatte das bayerische Wahlgesetz von 1906 manchen Zündstoff beseitigt. Eine grundlegende Reform der Ersten Kammer mit ihrer eindeutigen Mehrheit des Erbadels war notwendig, wurde aber von der Regierung immer wieder abgelehnt, während die Sozialdemokraten die Existenzberechtigung dieses „Oberhauses“ grundsätzlich leugneten. — Hier wäre interessant zu wissen, ob und in welchem Umfang die bayerische Diskussion von der weitgehenden Entmachtung des britischen Oberhauses anno 1910 beeinflusst worden ist.

¹ Karl Möckl, Die Prinzregentenzeit. Gesellschaft und Politik während der Ära des Prinzregenten Luitpold in Bayern, München-Wien 1972.

Kriegsausbruch und „Burgfriede“ zwischen den Parteien ließen auch in Bayern die innenpolitischen Auseinandersetzungen zunächst zurücktreten. Die Chance, das Ansehen der Krone als eines integrierenden und über den Parteien stehenden Faktors wiederherzustellen, wurde von Ludwig III. kaum genutzt. Die Kritik am König richtete sich, wie der Verf. richtig bemerkt, nicht so sehr gegen seine deutliche Unterstützung annexionistischer, ja alldeutscher Ziele (hierüber hat K. H. Janßen wichtiges, aber noch nicht abschließendes Material vorgelegt)². Das Ansehen des Monarchen sank vielmehr rasch, weil er es in der Tat nicht vermochte, die Interessen Bayerns gegenüber der Reichsregierung, der wuchernden Reichsbürokratie und der Obersten Heeresleitung zu wahren und weil er sich allen, auch den maßvollen Verfassungsreformen verschloß. Diese Haltung, wie ehrenhaft ihre Motive auch immer gewesen sein mögen, wurde vom Volk aufmerksam und mit wachsender Verbitterung registriert und hat dem Ansehen des Königtums weiteren, irreparablen Schaden zugefügt.

Nachdem die Regierung bei Bewältigung der immer drückenderen materiellen Not offenbar versagte, das Ende des Krieges in weite Ferne gerückt und der innere Burgfriede spätestens seit 1916 zerbrochen war, ging es um drei schicksalhafte Fragen, die der Verf. sehr zurecht ins Zentrum seiner exakten chronologischen Darstellung rückt: die Ernährungs-, die Friedens-, und die Verfassungsfrage, wobei sich Sozialdemokraten und Liberale in der ersteren wie in der letzteren weitgehend einig waren. Reformen erfolgten nur in begrenztem Rahmen und dann vielfach zu spät und zu zaghaft. Zwar leisteten in bestimmten Ministerien sog. „Beiräte“ z. T. vorzügliche Arbeit und erreichten zeitweise eine Versachlichung der Auseinandersetzungen; so hat der Historiker K. A. v. Müller, Mitglied des Beirats im Innenministerium, die Mitarbeit des sozialdemokratischen Führers Erhard Auer in diesem Gremium außerordentlich positiv beurteilt³. Sobald Auers Partei aber, gewiß nicht immer sehr geschickt, weitergehende verfassungspolitische Reformvorschläge unterbreitete, wurde sie abgewiesen. Und so geriet Bayern gegenüber ersten Reformansätzen auf Reichsebene — Interfraktioneller Ausschuß, einzelne Fachausschüsse im Reichstag — seit Sommer 1917 deutlich ins Hintertreffen. Wo aber existenzielle wirtschaftliche und soziale Probleme nicht gelöst, drängende Verfassungsfragen vertagt und die Friedenshoffnungen nicht erfüllt wurden, da war das Abgleiten in prä-revolutionäre Zustände unvermeidlich, wie sie sich im Anwachsen der USPD und bei den Januarstreiks 1918 erstmals deutlich äußerten.

Willy Albrechts gründliche und abgewogene Studie will keinesfalls eine abschließende Darstellung der bayerischen Gesamtsituation der Jahre zwischen 1912 und 1918 bieten. Zu genau weiß der Verf., wieviel hier von der Forschung noch zu leisten, wie unbefriedigend auf weiten Strecken die Quellenlage ist. So fehlen, um nur einige Beispiele zu nennen, immer noch mo-

² Karl-Heinz Janßen, *Macht und Verblendung. Kriegszielpolitik der deutschen Bundesstaaten 1914—1918*, Göttingen 1963.

³ K. A. v. Müller, *Mars und Venus. Erinnerungen 1914—1918*, Stuttgart 1954, 141 f.

derne Biographien von Hertling und Auer, Studien über Parteien und Interessenverbände. Hertlings Korrespondenz mit dem bayerischen Gesandten beim Reich, Graf Lerchenfeld, jüngst aus dem Nachlaß des allzu früh verstorbenen Ernst Deuerlein herausgegeben⁴, bringt einen beachtlichen Forschungsfortschritt und auch für die vorliegende Arbeit eine Reihe wichtiger Ergänzungen, ohne jedoch, soweit ich zu sehen vermag, ihre zentralen Thesen und Ergebnisse in Frage zu stellen.

Für die Geschichte Deutschlands im Ersten Weltkrieg, mit der sich in den letzten Jahren größere Arbeiten von Peter Graf Kielmannsegg und Fritz Klein befaßten⁵, bringt Albrechts Werk bedeutende sachliche und methodische Erkenntnisse ein. Der bayerischen Geschichtsforschung zeigt sie ihre zweifache Aufgabe: exemplarisch-modellhaft zu wirken, aber auch (und das sollte nicht vergessen sein!) aufgrund eigenen Gewichts, eigener staatlicher Bedeutung und einer bis heute lebendigen Tradition.

Ingolstadt-München

L u d w i g H a m m e r m a y e r